

Rechte von Verbrechensopfern in Colorado



Einführung

Es tut uns leid zu erfahren, dass Sie Opfer eines Verbrechens geworden sind. Als Opfer eines Verbrechens haben Sie möglicherweise Verletzungen, Verluste, Verwirrung und eine Beeinträchtigung Ihres Lebens erlebt. Es können Gefühle wie Schock, Unglauben, Angst, Verletzlichkeit, Wut und Frustration auftreten. Informationen über und ein Verständnis des Strafrechtssystems können für Sie zu diesem Zeitpunkt hilfreich sein.

Sobald eine Straftat einer Strafverfolgungsbehörde gemeldet wird, beginnt der Prozess des Strafrechtssystems. Dies kann eine verwirrende und manchmal frustrierende Erfahrung für eine Person sein, die Opfer eines Verbrechens geworden ist. Es gibt Opfer-/Zeugenhelfer in ganz Colorado, um Opfern von Straftaten während dieses Prozesses Unterstützung und Betreuung zu bieten. Diese Broschüre wurde erstellt, um Ihnen zu helfen, Ihre Rechte zu verstehen und häufig gestellte Fragen zu beantworten.

Verbrechensopfer sind ein so wichtiger Teil des Strafrechtssystems, dass die Wähler von Colorado 1992 die Verfassung des Bundesstaates geändert haben, um Rechte von Opfern aufzunehmen. Die Opferrechteergänzung (Victim Rights Amendment) besagt, dass

Jede Person, die Opfer einer Straftat ist, oder der Beauftragte, der gesetzliche Vormund oder die überlebenden unmittelbaren Familienangehörigen dieser Person, wenn diese Person verstorben ist, das Recht hat, informiert und gehört zu werden, wenn dies relevant ist, sowie in allen kritischen Phasen des Strafverfahrens anwesend zu sein. Die gesamte Terminologie, einschließlich des Begriffs „kritische Phasen“, wird von der Generalversammlung definiert (Artikel II, Abschnitt 16A Verfassung des Staates Colorado).

• EINFÜHRUNG

Unter das Opferrechtsgesetz fallende Straftaten

Die Verfassung des Staates Colorado und die Gesetze des Staates [Abschnitt 24-4.1-302 (1) C.R.S] garantieren bestimmte Rechte für Opfer der folgenden kriminellen Handlungen:

- Mord;
- Totschlag;
- Grobe fahrlässige Tötung und Tötung in Tateinheit mit einem Unfall;
- Körperverletzung;
- Körperverletzung durch ein Kraftfahrzeug
- Drohungen;
- Entführung;
- Sexuelle Übergriffe;
- Inzest und schwerer Inzest;
- Kindesmissbrauch;
- Sexuelle Ausbeutung von Kindern;
- Straftaten im Zusammenhang mit Kinderprostitution;
- Straftaten gegen gefährdete Erwachsene und gefährdete Jugendliche;
- Erregung öffentlichen Ärgernisses;
- Verstoß gegen eine strafrechtliche Schutzanordnung, die gegen eine Person erlassen wurde, die wegen sexueller Nötigung oder Stalking angeklagt ist;
- Raub – schwer, schwer von einem geregelten Stoff;
- Verbrechen, für die die zugrunde liegende Grundlage als häusliche Gewalt eingestuft wurde;
- Unvorsichtiges Fahren, das zum Tod einer anderen Person führt;
- Versäumnis, am Unfallort anzuhalten, das zum Tod oder zur schweren Körperverletzung einer anderen Person führt;
- Stalking;
- Menschenhandel;
- Einbruch ersten und zweiten Grades;
- Eingriff in die Privatsphäre zur sexuellen Befriedigung;
- Hassverbrechen;
- Vergeltungsmaßnahmen gegen ein Opfer oder einen Zeugen;
- Manipulation eines Opfers oder Zeugen;
- Einschüchterung und schwere Einschüchterung eines Opfers oder Zeugen;
- Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Richter, Staatsanwalt oder Geschworenen;
- Veröffentlichung eines privaten Bildes zur Belästigung oder zum finanziellen Gewinn; und
- Jeder kriminelle Versuch, jede Verschwörung, kriminelle Aufforderung oder Beihilfe, die eines der oben genannten Verbrechen umfasst.

Wenn ein Opfer verstorben oder handlungsunfähig ist, können diese Rechte vom Ehepartner, Elternteil, Kind, Schwester oder Bruder, Großeltern, Enkelkind, Lebensgefährten oder einem anderen rechtmäßigen Vertreter des Opfers ausgeübt werden.

UNTER DAS OPFERRECHTSGESETZ FALLENDEN STRAFTATEN

Kritische Phasen

Die Rechte eines Opfers beziehen sich auf bestimmte „kritische Phasen“ im Strafverfahren. Zu diesen Phasen gehören:

- Einreichung von Klagen und die Entscheidung, keine Anklage zu erheben;
- Voruntersuchung;
- Jede Kautionsreduzierungs- oder -änderungsanhörung; *
- Anklageverhebung;
- Mündliche Anhörung;
- Jede Vorladung für die psychischen Gesundheits-, Kranken-, Bildungs- oder Opferentschädigungsakten eines Opfers; *
- Entscheidung über die Beschwerde oder Anklage gegen die beschuldigte Person; *
- Gerichtsverhandlung;
- Urteilsverkündung, Anhörung zur Änderung des Urteils oder Berufungsverhandlung; *
- Berufungsprüfung oder Berufungsentscheidung;
- DNA-Tests nach der Verurteilung und Gerichtsverfahren, die auf der Grundlage des Ergebnisses eingeleitet wurden;
- Erneute Überprüfung des Urteils; *
- Anhörung zum Widerruf der Bewährung;
- Berufungsverhandlung nach einer Anhörung zum Widerruf der Bewährung und Antrag auf vorzeitige Beendigung;
- Die Einreichung einer Beschwerde, Vorladung oder ein Haftbefehl bei Bewährung wegen Nichtmeldung oder weil der Standort einer Person, die wegen einer Straftat verurteilt wurde, unbekannt ist;
- Der Wechsel des Gerichtsorts oder die Übertragung der Bewährungsaufsicht;
- Antrag auf Entlassung aus der Bewährungsaufsicht vor Ablauf der Strafe des Angeklagten;
- Antrag auf Entlassung aus dem Gemeindevollzugsdienst vor Ablauf der Strafe des Angeklagten;
- Ein Angriff auf ein Urteil oder eine Verurteilung, für die eine Gerichtsverhandlung angesetzt ist;
- Anhörung zum Bewährungsantrag und Anhörung zur Überprüfung des gesamten Bewährungsausschusses;
- Bewährung, Entlassung oder Freistellung einer Person, die wegen eines Verbrechens verurteilt wurde;
- Anhörung zum Widerruf der Bewährung;
- Überstellung oder Unterbringung einer wegen einer Straftat verurteilten Person in einer offenen Haftanstalt;
- Überstellung, Freilassung oder Flucht einer Person, die wegen eines Verbrechens angeklagt oder verurteilt wurde, aus einem staatlichen Krankenhaus;
- Jeder Antrag eines Sexualstraftäters, die Registrierung von Sexualstraftätern zu beenden;
- Jede Anhörung über einen Antrag auf Löschung der Aufzeichnungen eines jugendlichen Straftäters; * und
- Die Hinrichtung eines Täters in einem Mordprozess;
- Die Entscheidung, eine Abwendungsvereinbarung zu schließen;
- Jede vom Gericht angeordnete Änderung der Bewährungsbedingungen;
- Jede Anhörung über einen Antrag auf Löschung;

* Neben dem Recht auf Unterrichtung und Anwesenheit hat das Opfer auch ein Anspruch auf rechtliches Gehör bei folgenden Anhörungen: 1) Reduzierung oder Änderung der Kautions; 2) eine Vorladung für die Opferakten; 3) das Gericht akzeptiert eine ausgehandelte Verständigung im Strafverfahren oder eine Plea of Nolo Contendere; 4) Verurteilung; 5) Änderung der Verurteilung; 6) der Beklagte beantragt eine Änderung der Kein-Kontakt-Regelung der Strafschutzanordnung; 7) einen Antrag auf Löschung von Jugendakten; und 8) eine Anhörung für einen Antrag auf Entwicklung aus der staatlichen psychiatrischen Klinik.

Opfer, die nicht für eine Anhörung zur Verfügung stehen, bei der sie das Recht haben, gehört zu werden, können beantragen, dass das Gericht ihnen die Möglichkeit gibt, telefonisch oder mit einer anderen ähnlichen Technologie gehört zu werden, indem sie einen Antrag an die Staatsanwaltschaft stellen.

Wenn eine Person von der Verteidigung initiiert versucht ein Opfer zu erreichen und dieses Opfer einer Straftat kontaktiert, muss die Person unverzüglich den gesetzlichen Namen der Person und die Tatsache, dass die Person als Agent für die Person handelt, die der Straftat beschuldigt wird, oder für das Verteidigungsteam dieser Person, vollständig und eindeutig bekannt geben.

Das Opferrechtsgesetz (Victim Rights Act)

Die als das Opferrechtsgesetz (Victim Rights Act) bekannte Rechtsvorschrift trat im Januar 1993 in Kraft und wurde 1995, 1997, 2000, 2006 und 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2014, 2016 und 2017 geändert. In einem Versuch, die Waage der Gerechtigkeit auszugleichen, ermöglicht das Opferrechtsgesetz (Victim Rights Act) Opfern von Straftaten eine aktive Rolle im Strafjustizprozess.

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der durch das Opferrechtsgesetz (Victim Rights Act) garantierten Rechte (*Eine vollständige Auflistung Ihrer Rechte finden Sie in den Colorado Revised Statutes 24-4.1-301 bis 24-4.1-304 unter <http://dcj.ovp.state.co.us>*):

- Mit Fairness, Respekt und Würde und ohne Einschüchterung, Belästigung oder Missbrauch behandelt zu werden;
- Über alle „kritischen Phasen“ des Strafjustizverfahrens informiert zu werden (Opfer von Straftaten müssen eine schriftliche Benachrichtigung über kritische Phasen angehend der Bewährung beantragen);
- In bestimmten kritischen Phasen des Strafjustizverfahrens anwesend zu sein;
- Darüber informiert zu werden, welche Schritte unternommen werden können, einschließlich Informationen über Personenschutzdienste, wenn es eine Einschüchterung oder Belästigung durch eine Person gibt, die eines Verbrechens beschuldigt oder verurteilt wurde, oder durch eine Person, die im Namen dieser Person handelt.
- Anwesend zu sein und gehört zu werden in Bezug auf die Reduzierung oder Änderung der Kaution, eine Vorladung für die Opferakten, die Annahme einer Verständigung im Strafverfahren, die Verurteilung oder Änderung einer Verurteilung, jede Antragsänderung der Kein-Kontakt-Verordnung oder der strafrechtlichen Schutzanordnung oder des Antrags auf Löschung;
- Per Telefon oder ähnlicher Technologie angehört zu werden, wenn ein Opfer nicht vor Gericht erscheinen kann;
- Über das Bestehen der strafrechtlichen Schutzanordnung und auf Antrag des Opfers über das Verfahren zur Änderung der Schutzanordnung informiert zu werden, falls ein Verfahren besteht;
- Eine kostenlose Kopie des ersten Vorfallberichts von der ermittelnden Strafverfolgungsbehörde zu erhalten; mit der Ausnahme, dass die Freigabe eines mit der Untersuchung verbundenen Dokuments im Ermessen der Strafverfolgungsbehörde liegt, basierend auf dem Status des Falls oder Sicherheitsbedenken für eine Justizvollzugsanstalt, ein örtliches Gefängnis oder ein privates Vertragsgefängnis;
- Die Sozialversicherungsnummer des Opfers zu entfernen oder aus den Strafrechtsdokumenten auszuschließen, wenn die Akten an eine andere Person als das Opfer, eine Strafjustizbehörde oder den eingetragenen Anwalt des Angeklagten freigegeben werden;
- Um über das Verfahren informiert zu werden, kann der Bezirksstaatsanwalt den Schutz der Adresse des Opfers beantragen (das Gericht kann dem Antrag stattgeben oder nicht);
- Sich vor eines Abschluss des Falls oder bevor der Fall vor Gericht geht mit dem Bezirksstaatsanwalt zu beraten und über die endgültige Entscheidung des Falls informiert zu werden;
- Über den Status des Falls und etwaige Terminänderungen oder Stornierungen informiert zu werden, sofern dies im Voraus bekannt ist;
- Ein Victim Impact Statement (Erklärung, in der das Opfer einer Straftat im Rahmen eines Gerichtsverfahrens die Folgen der Tat für das eigene Leben darstellt) entgegenzustellen und vorzubereiten und bei der Urteilsverkündung anwesend und/oder angehört zu sein;
- Das Gericht über die Restitution entscheiden zu lassen und über das Recht informiert zu werden, ein Zivilurteil gegen die wegen der Straftat verurteilte Person anzustreben;
- Eine Partei in einem Gerichtsverfahren daran zu hindern, beweiskräftige Zeugenaussagen über die Adresse, Telefonnummer, den Arbeitsplatz oder andere Ortungsinformationen eines Opfers zu machen;
- Eine sofortige Rückgabe von Eigentum zu erhalten, wenn es nicht mehr als Beweismittel benötigt wird;
- Über die Möglichkeit opferorientierter Justizpraktiken informiert zu werden;
- Über die Verfügbarkeit von finanzieller Unterstützung und Gemeinschaftsdiensten informiert zu werden;
- Angemessene Kooperation des Arbeitgebers in Bezug auf Gerichtstermine und Treffen mit Strafjustizbeamten zu erhalten;
- Versichert zu werden, dass das Gericht, der Staatsanwalt und andere Strafverfolgungsbeamte in jedem Strafverfahren geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine rasche und faire Lösung des Verfahrens zu erreichen;
- Wann immer dies praktikabel ist, während des Gerichtsverfahrens über einen sicheren Wartebereich zu verfügen;
- Über einen Antrag auf die Entfernung des Opfers aus einer kritischen Phase informiert zu werden und sich daran zu beteiligen;
- Über jeden Antrag auf Entwicklung aus der staatlichen psychiatrischen Klinik informiert zu werden, und das Recht, bei jeder Anhörung, die ein Gericht als solchen Antrag betrachtet, gehört zu werden;
- Über die Überweisung eines Täters an Community Corrections informiert zu werden und dem Community Corrections Board ein schriftliches Victim Impact Statement zu übermitteln und, sofern vom Board genehmigt, ein mündliches Victim Impact Statement abzugeben. Darüber hinaus hat ein Opfer das Recht, dem Community Corrections Board eine separate mündliche Erklärung zu geben, wenn das Board eine vorläufige Überweisung von der US-Gefängnisbehörde in Betracht zieht;
- Von dem Community Corrections Board telefonisch oder mit ähnlicher Technologie gehört zu werden, wenn das Opfer anderweitig nicht verfügbar ist;
- Auf schriftlichen Antrag, informiert zu werden, wenn eine Person, die einer Straftat beschuldigt oder verurteilt wurde, aus einer anderen Haft als dem Bezirksgefängnis entlassen wird, bedingt entlassen wird, entkommt oder vor Bewährung oder von der bedingten Freilassung flüchtet;
- Auf schriftlichen Antrag über die Ergebnisse einer Anhörung zum Widerruf auf Bewährung oder der bedingten Freilassung unterrichtet zu werden;
- Das Recht, über die Einreichung eines Antrags auf Einstellung der Registrierung von Sexualstraftätern informiert zu werden;
- Auf Antrag informiert zu werden, wenn eine Person, die einer Straftat beschuldigt oder verurteilt wird, freigelassen, entlassen oder dauerhaft aus der Obhut des Bezirksgefängnisses entlassen wird;
- Auf schriftlichen Antrag in jedem Verfahren, in dem eine Entlassung nach der Verurteilung aus der Haft in einer sicheren staatlichen Justizvollzugsanstalt in Betracht gezogen wird, informiert und angehört zu werden;
- Auf schriftlichen Antrag informiert zu werden, wenn eine Person, die wegen einer Straftat gegen das Opfer verurteilt wurde, in eine weniger sichere Justizvollzugsanstalt, ein Programm oder in einen Nicht-Aufenthaltsstatus versetzt oder dauerhaft oder bedingt aus einem staatlichen Krankenhaus verlegt oder entlassen wird;
- Das Recht, nach Ermessen des Bezirksstaatsanwalts den gesamten oder einen Teil des Berichts zur Strafmaßfestsetzung der

Bewährungsabteilung einzusehen;

- Über eine Anhörung bezüglich eines Antrags auf Versiegelung von Akten informiert zu werden;
- Über die Entscheidung des Gouverneurs, eine Person zu begnadigen oder dessen Strafmaß herabzusetzen, informiert zu werden, bevor diese Informationen öffentlich bekannt gegeben werden;
- Über die Ergebnisse eines gerichtlich angeordneten HIV-Tests informiert zu werden;
- Über alle Rechte informiert zu werden, die das Opfer gemäß der Verfassung der Vereinigten Staaten oder des Staates Colorado hat; und
- Über das Verfahren zur Durchsetzung der Bestimmungen des Opferrechtsgesetzes informiert zu werden.

Zusätzliche Rechte und Dienstleistungen werden Kindern, die Opfer von Straftaten sind, zur Verfügung gestellt. Strafverfolgungsbeamte, Staatsanwälte und Richter werden ermutigt, eine oder mehrere Personen zu benennen, um sicherzustellen, dass das Kind und seine Familie das Gerichtsverfahren verstehen und Unterstützung und Betreuung bei der Bewältigung der emotionalen Auswirkungen des Verbrechens und des anschließenden Strafverfahrens haben.

DAS OPFERRECHTSGESETZ (THE VICTIM RIGHTS ACT)

Verantwortlichkeiten der Behörde

Strafjustizbehörden haben eine bestimmte Verantwortlichkeiten, um sicherzustellen, dass die Rechte der Opfer gewahrt werden. Diese Verantwortlichkeiten sind wie folgt:

VERANTWORTLICHKEITEN DER STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDEN

Strafverfolgungsbehörden sind dafür verantwortlich, den Opfern von Straftaten schriftliche Informationen über Folgendes zur Verfügung zu stellen:

- Die im Opferrechtsgesetz (Victim Rights Act) aufgezählten Rechte;
- Die Verfügbarkeit finanzieller Mittel wie Opferentschädigungsleistungen und die Beantragung dieser Leistungen;
- Die Verfügbarkeit von gerichtlichen Schutzanordnungen, um Schutz vor der Person zu erhalten, die der Begehung der Straftat beschuldigt wird; und
- Die Verfügbarkeit einer kostenlosen Kopie des ersten Vorfallberichts. Die Strafverfolgungsbehörden behalten den Ermessensspielraum, um zu bestimmen, wann der erste Vorfallbericht an das Opfer freigegeben werden kann.

Darüber hinaus sind die Strafverfolgungsbehörden zu Folgendem verpflichtet:

- Informationen über Gemeinschaftsdienste wie Kriseninterventionsdienste, Opferhilfen, rechtliche Ressourcen, psychische Gesundheitsversorgung, Finanzdienstleistungen, geeigneten Personenschutz und andere Unterstützungsdienste bereitzustellen.
- Informationen über Dolmetschdienste, Unterstützung im Umgang mit Gläubigern aufgrund finanzieller Rückschläge, die durch die Straftat verursacht wurden, und Kinderbetreuung bereitzustellen, damit ein Opfer einer Straftat mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten kann;
- Dem Opfer der Straftat die Geschäftsadresse und Telefonnummer der Staatsanwaltschaft, das Aktenzeichen des Falls sowie den Namen, die Geschäftsadresse und die Telefonnummer eines Strafverfolgungsbeamten, der mit der Untersuchung des Falls beauftragt ist, mitzuteilen;
- Das Opfer einer Straftat darüber zu informieren, ob ein Verdächtiger in Gewahrsam genommen wurde und, falls bekannt, ob der Verdächtige aus der Haft entlassen wurde, welche Kautionsauflagen dem Verdächtigen auferlegt wurden und wie sich das Opfer für die Benachrichtigung aus dem Gefängnis über eine Flucht, Freilassung, Überstellung oder den Tod des Verdächtigen registrieren kann;
- Das Opfer vor der Einreichung der Anklage über den Status des Falls zu informieren.
- Auf Antrag des Opfers das Eigentum des Opfers innerhalb von fünf Werktagen zurückzugeben, wenn es aus Beweisgründen nicht mehr benötigt wird;
- Das Opfer über das Bestehen der strafrechtlichen Schutzanordnung zu informieren und auf Antrag des Opfers über das Verfahren zur Änderung der Schutzanordnung zu informieren, falls ein Verfahren besteht;
- Die Opfer über die Statusänderung des Täters im Gefängnis zu informieren;
- Die Opfer von Straftaten über Entscheidungen zu informieren, in Fällen von Ordnungswidrigkeiten keine Anklage zu erheben;
- Alle Opfer von ungeklärten Fällen über jede Änderung des Status des Falls zu informieren; und
- Opfern von ungeklärten Fällen, für die die Straftat eine Verjährungsfrist von mehr als drei Jahren hat, eine jährliche Aktualisierung des Status des Falls zur Verfügung zu stellen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER STAATSANWÄLTE

Die Staatsanwaltschaften sind dafür verantwortlich, die Opfer von Straftaten über Folgendes zu informieren:

- Die Einreichung von Anklagen, eine Erläuterung der Anklagepunkte und Entscheidungen, in Strafsachen keine Anklage zu erheben;
- Geeignete kritische Phasen sowie Datum, Uhrzeit und Ort bestimmter kritischer Phasen des Gerichtsverfahrens;
- Den Namen des stellvertretenden Bezirksstaatsanwalts, der den Fall bearbeitet, und des Gerichts, dem der Fall zugewiesen ist;
- Das Bestehen der strafrechtlichen Schutzanordnung und auf Antrag des Opfers das Verfahren zur Änderung der Schutzanordnung, falls ein Verfahren besteht;
- Die Verfügbarkeit des Bezirksstaatsanwalts, um einen Gerichtsbeschluss zum Schutz der Wohnadresse eines Opfers zu beantragen;
- Jeden bevorstehenden Antrag, der die Strafverfolgung erheblich verzögert, und das Gericht über die Stellung des Opfers zum Antrag informieren;
- Jede Anhörung über einen Antrag auf Versiegelung von Akten;
- Die Verfügbarkeit von Unterstützungsleistungen und/oder Transport zum und vom Gericht;
- Alle Terminänderungen oder Stornierungen, wenn solche Änderungen oder Stornierungen im Voraus bekannt sind;
- Wie das Opfer eine Benachrichtigung über den Status der Bewährung des Straftäters beantragen kann;
- Den Antrag auf Entwicklung aus der staatlichen psychiatrischen Klinik für einen Straftäter in ihrer Obhut; und
- Die Verfügbarkeit von opferorientierten Justizpraktiken.

Darüber hinaus hat der Staatsanwalt Folgendes durchzuführen:

- Sich, soweit durchführbar, mit dem Opfer über die Herabstufung der Anklage, vereinbarte Plädoyers, Niederschlagung oder andere Dispositionen zu beraten;
- Den Kontakt zwischen dem Opfer und dem Angeklagten vor, während und unmittelbar nach einem Gerichtsverfahren minimieren;
- Die unverzügliche Rückgabe des Eigentums eines Opfers, wenn es aus Beweisgründen nicht mehr benötigt wird, ermöglichen;
- Dem Opfer die Möglichkeit zu geben, ein Victim Impact Statement zu erstellen, das dem Gericht übergeben wird;
- Das Opfer über die Funktion des Berichts zur Strafmaßfestsetzung und den Namen und die Telefonnummer des Bewährungshelfers, der den Bericht erstellt, sowie über das Recht des Angeklagten, den Bericht zur Strafmaßfestsetzung und das Victim Impact

- Statement einzusehen, zu informieren;
- Das Recht des Opfers, an der Urteilsverkündung teilzunehmen und eine Meinung zu äußern, zu erläutern;
 - Das Opfer über jede Anhörung zur Überprüfung oder Änderung einer Strafe gemäß 35 (a) oder 35 (b) des CO Rules of Criminal Procedure zu informieren (Hinweis: Eine Bewährungsabteilung unterrichtet das Opfer über eine gerichtlich angeordnete Änderung der Bewährungsaufgaben); und
 - Das Opfer über jeden anhängigen Antrag oder jede Entscheidung zu informieren, das Opfer aus einer kritischen Phase des Falls zu entfernen;
 - Das Opfer über eine Anhörung über die Versiegelung von Akten in seinem Fall zu informieren; und
 - Das Opfer über das Recht und die Mittel zu informieren, Informationen von Bewährungsabteilungen, Justizvollzugsbeamten oder der staatlichen psychiatrischen Klinik über eine Änderung des Status des Täters einschließlich Freilassung, Flucht, Tod oder Verlegung zu erhalten.

VERANTWORTLICHKEITEN DER BEHÖRDEN

VERANTWORTLICHKEITEN DES GERICHTS

Die Gerichte sind zuständig für:

- Den Einspruch des Opfers gegen jeden Antrag, der die Strafverfolgung erheblich verzögern könnte, zu Protokoll zu geben, und dafür dass der Einspruch vor der Gewährung einer Verzögerung geprüft wurde;
- Anzuerkennen, dass ein Opfer in allen kritischen Phasen eines Strafverfahrens anwesend sein kann, es sei denn, der Ausschluss des Opfers wird als notwendig erachtet;
- Den Einspruch des Opfers gegen einen Antrag auf Entfernung des Opfers aus einer kritischen Phase des Falls zu Protokoll zu geben, und dafür dass der Einspruch vor der Bewilligung des Antrags geprüft wurde;
- Sich zu erkundigen, ob das Opfer anwesend ist, und dem Opfer in jedem Gerichtsverfahren, das Folgendes beinhaltet, die Möglichkeit zu geben, angehört zu werden: eine Reduzierung oder Änderung der Kaution, eine Vorladung für die Opferakten, die Annahme einer ausgehandelten Verständigung im Strafverfahren, die Verurteilung, erneute Verurteilung oder Änderung einer Strafe einer Person, die einer Straftat gegen das Opfer beschuldigt oder deswegen verurteilt wurde; ein Antrag des Beklagten, die Kein-Kontakt-Verordnung der obligatorischen Schutzanordnung zu ändern, oder eine Anhörung für einen Antrag auf Entwicklung aus der staatlichen psychiatrischen Klinik;
- Vorkehrungen zu treffen, damit ein Opfer telefonisch oder mit ähnlicher Technologie präsent sein kann, wenn ein Opfer nicht persönlich für kritische Phasen zur Verfügung steht, in denen das Opfer ein Recht auf Anhörung hat (einschließlich Opfern, die in einem örtlichen Gefängnis, der US-Gefängnisbehörde oder der Division of Youth Corrections inhaftiert sind);
- Das Opfer über die Ergebnisse eines gerichtlich angeordneten HIV-Tests zu informieren;
- Alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, um dem Opfer nach der Fällung eines Urteils durch die Jury entgegenzukommen;
- Gegebenenfalls den Rückerstattungsbetrag zu bestimmen, der von einer Person, die wegen einer Straftat verurteilt wurde, an ein Opfer zu zahlen ist;
- Die Staatsanwaltschaft und die Bewährungsabteilung über einen Antrag des Bewährungshelfers auf vorzeitige Beendigung oder Bewährung oder Änderungen der Bewährungsauflagen zu informieren;
- Bereitstellung von Opferinformationen an jede Stelle, die für die Benachrichtigung des Opfers verantwortlich ist, nachdem der Angeklagte verurteilt wurde; und
- Auf Antrag des Opfers über Anträge von Sexualstraftätern, die Registrierung als Sexualstraftäter zu stoppen, zu informieren (siehe C.R.S.16-22-113(2)(c)).

DIE VERANTWORTLICHKEITEN DER US-GEFÄNGNISBEHÖRDE, COMMUNITY CORRECTIONS, DIVISION OF YOUTH CORRECTIONS

Die US-Gefängnisbehörde, öffentliche und private Community-Corrections-Behörden und die Division of Youth Corrections haben folgende Verantwortlichkeiten:

- Bestimmte Informationen wie Adresse, Telefonnummer, Arbeitsplatz oder andere persönliche Informationen über das Opfer vertraulich behandeln;
- Das Victim Impact Statement beifügen, das von einem Opfer mit der Überweisung eingereicht wurde, um einen Straftäter in einer öffentlichen oder privaten Gemeinschaftsstrafanstalt oder einem Programm unterzustellen; und
- Das Opfer über Folgendes benachrichtigen: die Einrichtung, in der die Person inhaftiert ist; das voraussichtliche Datum der Entlassung der Person aus der Haft; jede temporäre Freilassung, Arbeitsfreilassung der Person oder in eine kommunale Justizvollzugsanstalt (im Voraus); jede Bewährungsanhörung; jede Flucht, Überstellung oder Freilassung der Person; die Überstellung in eine offene Haftanstalt oder einen Nichtwohnstatus; der Tod der Person während der Haft; Bewährungsanhörungen; Entscheidungen des Bewährungsausschusses; Entscheidungen des Gouverneurs über eine Strafmilderung oder Begnadigung; und Datum, Uhrzeit und Ort einer geplanten Hinrichtung.

VERANTWORTLICHKEITEN DES JUVENILE PAROLE BOARD (BEWÄHRUNGSAUSSCHUSS FÜR JUGENDLICHE)

Der Bewährungsausschuss für Jugendliche muss dem Opfer Folgendes mitteilen: jede geplante Bewährungsanhörung von Jugendlichen, jede Flucht, Platzierungsänderung oder Entlassung aus einer Einrichtung.

VERANTWORTLICHKEITEN DES GESUNDHEITSMINISTERIUMS & DER STAATLICHEN KRANKENHÄUSER

Das Gesundheitsministerium und jedes staatliche Krankenhaus müssen das Opfer über Folgendes informieren: die Einrichtung, in der die Person inhaftiert ist; das voraussichtliche Datum der Freilassung der Person; jede temporäre Freilassung der Person oder Arbeitsfreilassung (im Voraus); jede Flucht, Überstellung oder Freilassung; die Überstellung in eine offene Haftenrichtung; und den Tod der Person während der Haft.

VERANTWORTLICHKEITEN DER BEHÖRDE (FORTGESETZT)

VERANTWORTLICHKEITEN DER BEWÄHRUNGSABTEILUNG

Auf schriftlichen Antrag des Opfers muss die Bewährungsabteilung Folgendes tun:

- Dem Opfer den Standort und die Telefonnummer der Bewährungsabteilung angeben, die für die Überwachung der Person zuständig ist;
- Das Opfer über das Datum der Beendigung der Bewährungsaufsicht durch die Person informieren;
- Das Opfer vor der Verhängung der Strafe der Person über jede beantragte Freilassung der Person informieren;
- Das Opfer über das Datum eines Widerrufs, einer Änderung oder einer erneuten Bewährungsanhörung als Ergebnis eines Widerrufs informieren;
- Das Opfer über jede gerichtlich angeordnete Änderung der Bewährungsaufgaben informieren;
- Das Opfer über Änderungen der Strafe des auf Bewährung Freigelassenen informieren;
- Das Opfer bei jedem Wechsel des Gerichtsstands, der Übertragung der Bewährungsaufsicht von einer Gerichtsbarkeit in eine andere oder der zwischenstaatlichen kompakten Übertragung der Bewährungsaufsicht informieren;
- Das Opfer über Beschwerden, Vorladungen oder Haftbefehle, die von der Bewährungsabteilung eingereicht wurden, weil keine Meldung zur Bewährung erfolgte oder weil der Standort der Person unbekannt ist, benachrichtigen;
- Das Opfer über den Tod einer Person informieren, während sie der Zuständigkeit der Bewährungsabteilung untersteht; und
- Das Opfer in Fällen häuslicher Gewalt über jedes Verhalten des Angeklagten, das zu einer Erhöhung des Aufsichtsniveaus des Angeklagten durch Bewährung führt, benachrichtigen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER BEHÖRDE (FORTGESETZT)

VERANTWORTLICHKEITEN DES OPFERS

Verbrechensopfer haben folgende Verantwortlichkeiten:

- Die zuständigen Strafjustizbehörden über ihren aktuellen Namen, ihre Adresse, E-Mail-Adresse und Telefonnummer oder ihren Vertreter sowie über Änderungen dieser Informationen auf dem Laufenden zu halten;
- Der Bewährungsabteilung eine schriftliche Anfrage zukommen zu lassen, wenn sie über Informationen zum Bewährungsverfahren informiert werden möchten;
- Vom Gericht eine Benachrichtigung über den Antrag eines Angeklagten auf Beendigung der Registrierung von Sexualstraftätern anzufordern; und
- Zu verlangen, dass Strafvollzugsbeamte ihre Adresse, Telefonnummer, ihren Arbeitsplatz und andere persönliche Informationen vertraulich behandeln.

Das Verfahren zur Gewährleistung Ihrer Opferrechte

Das Gesetz des Bundesstaates Colorado sieht vor, dass Verbrechensopfer die Einhaltung der Bestimmungen der Verfassungsänderung durchsetzen können, indem sie sich an das Crime Victim Services Advisory Board (Board) wenden.

Was tun, wenn Sie der Meinung sind, dass Ihnen Ihre Rechte nicht gewährt wurden:

Wenn möglich, versuchen Sie zunächst, die Einhaltung auf lokaler Ebene zu erreichen. Dies kann beinhalten, ist aber nicht beschränkt auf:

- Kontaktaufnahme mit der Person, von der Sie glauben, dass sie Ihnen ihre Rechte nicht gewährt hat, und insbesondere erklären, was nicht getan wurde;
- Unterstützung von Ihrem Vertreter für Verbrechensopfer oder anderen unterstützenden Personen wie einem Berater einzuholen; und
- Unterstützung durch den gewählten Beamten oder den Leiter der Behörde einzufordern, von der Sie glauben, dass sie Ihnen ihre Rechte nicht gewährt.

Kontakte können mündlich oder schriftlich erfolgen. Genaue Aufzeichnungen über Ihre Bemühungen, die Einhaltung auf lokaler Ebene zu erreichen, sind für Sie und das Crime Victim Services Advisory Board (Beirat der Verbrechensopferdienste) hilfreich, wenn Sie sich entscheiden, einen formellen Antrag auf Einhaltung des Victim Rights Act (Opferrechtsgesetz) zu stellen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihre Bedenken auf lokaler Ebene auszuräumen, oder Ihre Bemühungen, Ihre Bedenken zu lösen, erfolglos waren, können Sie Unterstützung beim Crime Victim Services Advisory Board (Beirat der Verbrechensopferdienste) anfordern, indem Sie sich an den Victim Rights Act Specialist wenden:

Colorado Department of Public Safety (Colorado Abteilung für öffentliche Sicherheit)
Division of Criminal Justice
700 Kipling Street, Suite 1000
Denver, CO 80215-5865
303-239-4497

The Crime Victim Services Advisory Board (Der Beirat der Verbrechensopferdienste)

Der Crime Victim Services Advisory Board (Der Beirat der Verbrechensopferdienste) ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Board, das vom Exekutivdirektor der Abteilung für öffentliche Sicherheit ernannt wird. Das Board ist landesweit vertreten und seine Mitglieder umfassen Vertreter von Strafverfolgungs- und Bezirksstaatsanwaltschaften sowie Gesetzgeber, Verbrechensopfer und Mitglieder der Gemeinschaft.

Das Board hat den Auftrag, alle Berichte über die Nichteinhaltung des Victim Rights Act (Opferrechtsgesetzes) zu überprüfen und festzustellen, ob es eine Grundlage für den Bericht gibt.

Das Board hat einen Victim Rights Act Subcommittee (Unterausschuss für Opferrechte) ernannt, der regelmäßig zusammentritt, um alle schriftlichen Beschwerden über die Nichteinhaltung des Victim Rights Act (Opferrechtsgesetzes) zu überprüfen.

Die Division of Criminal Justice (DCJ) unterstützt das Board und das Victim Rights Act Subcommittee (Unterausschuss für Opferrechte). Berichte über Verstöße werden von Mitarbeitern der Division of Criminal Justice überprüft, die versuchen, Probleme so früh wie möglich im Compliance-Prozess zu lösen.

Die Mitarbeiter der Division of Criminal Justice werden mit Ihnen über Ihre Bedenken hinsichtlich der Nichteinhaltung des Opferrechtsgesetzes sprechen. Nach dieser Diskussion werden sich die Mitarbeiter mit der in der Beschwerde genannten Behörde in Verbindung setzen. Es sei darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Beschwerden von DCJ auf lokaler Ebene durch informelle Mediation und Intervention erfolgreich gelöst wird. Einige Beschwerden können jedoch nicht informell gelöst werden und müssen mit auf der folgenden Seite beschriebenen formellen Beschwerdeverfahren fortgesetzt werden.

GEWÄHRLEISTUNG IHRER RECHTE

Das formelle Beschwerdeverfahren

1. Eine Kopie der Beschwerde wird von DCJ-Mitarbeitern und dem Unterausschuss des Victim Rights Act (VRA) überprüft, um festzustellen, ob die Beschwerde in den Geltungsbereich des Victim Rights Act fällt.
2. DCJ-Mitarbeiter und der VRA-Unterausschuss werden die Beschwerde prüfen, um festzustellen, ob die Anschuldigung(en) auf als ein Verstoß gegen die VRA einzustufen ist (sind).
3. Wenn die Beschwerde in den Geltungsbereich des Victim Rights Act fällt und die Anschuldigung(en) als ein Verstoß gegen die VRA einzustufen ist (sind), wird eine Kopie der Beschwerde und alle Informationen, die dieser Beschwerde beigefügt sind, an die identifizierte(n) Behörde(n) gesendet.
4. DCJ-Mitarbeiter und der VRA-Unterausschuss können auch ein informelles Auskunftsersuchen an die identifizierten Behörden(n) stellen, um die Reichweite zu bestimmen und ob die Vorwürfe in einer Beschwerde als ein Verstoß gegen die VRA einzustufen sind. Darüber hinaus können DCJ-Mitarbeiter und der VRA-Unterausschuss ein informelles Auskunftsersuchen stellen, um festzustellen, ob das Ziel der VRA-Konformität erreicht wurde, ob die identifizierte(n) Behörde(n) ihren in der VRA aufgeführten Verpflichtungen nachgekommen ist und/oder ob die identifizierte(n) Behörde(n) ihren Verpflichtungen gemäß der VRA nachgekommen ist.
5. Die Antwort der Behörde wird dem Opfer zur Verfügung gestellt, das die Möglichkeit hat, zusätzliche oder klärende Informationen zur Verfügung zu stellen.
6. Alle Informationen sowohl des Beschwerdeführers als auch der identifizierten Behörde werden vom Unterausschuss des Victim Rights Act überprüft, um festzustellen, ob es tatsächlich eine Grundlage für einen Verstoß gegen das Victim Rights Act (Opferrechtsgesetz) gibt.
7. Wenn es keine Grundlage dafür gibt, wird der Fall zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen.
8. Wenn es tatsächlich eine Grundlage gibt, wird der Unterausschuss Anforderungen an die Behörde festlegen, bei der ein Verstoß gesehen wird. Diese Anforderungen sollen ein aktuelles Problem verbessern und dazu beitragen, ähnliche Bedenken innerhalb des Systems im Namen zukünftiger Opfer zu vermeiden.
9. Das Opfer wird über die Ergebnisse der Sitzungen des Unterausschusses und über die Fortschritte, die die Behörde bei der Erfüllung der Anforderungen erzielt, auf dem Laufenden gehalten.
10. Jede Partei hat das Recht, eine Überprüfung der Ergebnisse des Unterausschusses des Victim Rights Act zu verlangen. Gibt der Unterausschuss einem Antrag auf erneute Prüfung nicht statt, kann die Partei, die die erneute Prüfung beantragt, gegen die Entscheidung des Unterausschusses beim Board Berufung einlegen.
11. Jede Partei kann eine Beschwerde bei den Feststellungen des Board of the Victim Rights Act Subcommittee einlegen, ob eine Tatsachengrundlage dafür vorliegt, dass die Rechte eines Opfers nach dem VRA verletzt wurden oder nicht.
12. Wenn eine Behörde nicht bereit ist, die Anforderungen zu erfüllen, wird der Fall an das Amt des Gouverneurs verwiesen. Der Gouverneur verweist den Fall dann an den Generalstaatsanwalt von Colorado, um eine Klage einzureichen, um die Einhaltung des Victim Rights Act durchzusetzen.

Opferentschädigung

Unterstützungsangebote

Opfer von Straftaten benötigen aufgrund der Straftat oft finanzielle Unterstützung. Ein Opfer kann eine Entschädigung für Kosten im Zusammenhang mit medizinischen Kosten, verlorenem Arbeitsplatz, psychischer Behandlung, Bestattungskosten, dem Verlust medizinisch notwendiger Geräte wie Brillen oder Hörgeräten, dem Verlust der Unterstützung für Angehörige und Schäden an Haussicherheitsgeräten wie Türen, Fenstern und Schlössern beantragen. Jeder Gerichtsbezirk verfügt über einen Opferentschädigungsfonds. Personen, die wegen einer Straftat oder eines Verkehrsdelikts verurteilt wurden, zahlen in diesen Fonds ein. Wenden Sie sich an Ihre örtliche Staatsanwaltschaft, um Informationen darüber zu erhalten, wie Sie eine Opferentschädigung beantragen können.

Landesweite Unterstützungsangebote

Ihre lokale Gemeinschaft verfügt über Ressourcen, um Sie zu unterstützen und Ihnen zu helfen. Ein guter Ausgangspunkt ist ihr Opferanwalt, der sich entweder bei der Polizeibehörde oder im Büro des Sheriffs, bei der Staatsanwaltschaft oder bei einem gemeinnützigen Dienstleister befindet.

Andere **landesweite** Unterstützungsangebote umfassen:

- **Asian Pacific Development Center** Dienstleistungen für asiatische Bevölkerungsgruppen..... **Denver:** (303) 393-0304; **Aurora:** (303) 365-2959
Colorado Springs: (719) 459-3947
- **Colorado Anti-Violence Program (Anti-Gewalt-Programm von Colorado)**..... (303) 839-5204 oder 1-888-557-4441
- **Violence Free Colorado (Häusliche Gewalt)**..... (303) 831-9632 oder 1-888-778-7091
- **Colorado Coalition Against Sexual Assault (C.C.A.S.A.) (Colorado-Koalition gegen sexuelle Übergriffe)**..... (303) 839-9999
- **Colorado Organization for Victim Assistance (C.O.V.A.) (Colorado-Organisation für Opferhilfe)**..... (303) 861-1160 oder 1-800-261-2682
- **Colorado Division of Criminal Justice (Abteilung für Strafjustiz von Colorado)**..... (303) 239-5719 oder 1-888-282-1080
- **The Center For Trauma & Resilience (Das Zentrum für Trauma & Resilienz)**..... **Crisis:** (303) 894-8000 oder (303) 718-8289 (Spanisch)
- **Domestic Violence Initiative for Women with Disabilities (Häusliche Gewalt-Initiative für Frauen mit Behinderungen)**..... (303) 839-5510 (auch TTY/TDD)
- **Kempe National Center for the Prevention of Child Abuse and Neglect (Kempe Nationales Zentrum zur Prävention von Kindesmissbrauch und Vernachlässigung)**..... (303) 864-5300
- **Parents of Murdered Children and Other Survivors of Homicide (Eltern ermordeter Kinder und andere Überlebende von Tötungsdelikten)**..... 1-888-818-POMC
- **United Way**..... Rufen Sie 2-1-1 für Unterstützung an
1-866-760-6489 (Mile High United Way Hotline, falls 2-1-1 von Ihrem Telefon aus nicht funktioniert)